

# Auswertung

[www.berlin-entwickeln.de](http://www.berlin-entwickeln.de)



Entwicklungspolitischer  
Wahlcheck 2006

# Auswertung

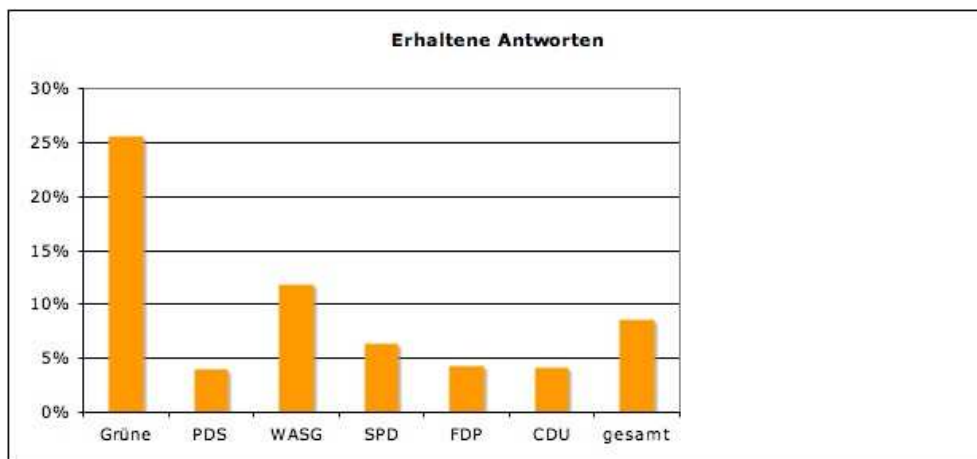
## Berlin entwickeln! – Entwicklungspolitischer Wahlcheck 2006

### Auswertung

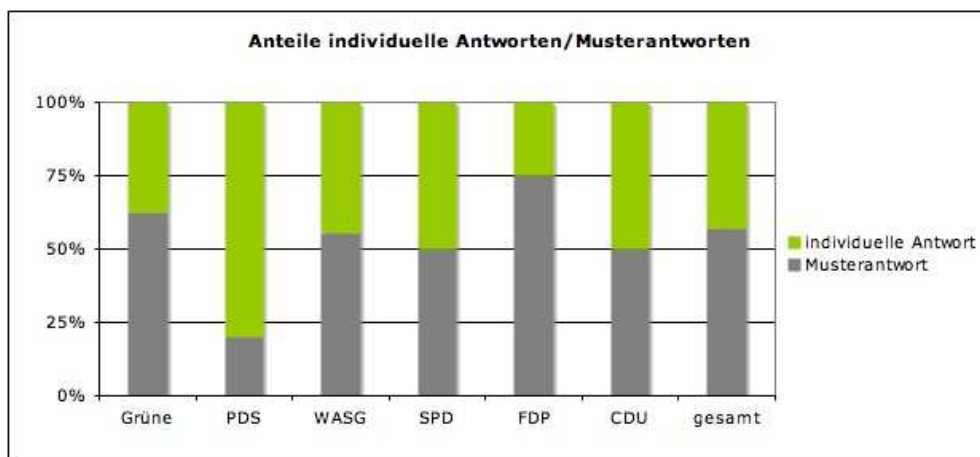
Der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) hat im Vorfeld der Wahlen den Kandidat/innen aller großen Parteien einen entwicklungspolitischen Wahlcheck zugesandt. In einem Fragebogen wurden die Kandidat/innen analog zu unserem Forderungspapier zu den sechs Themenfeldern „Steuerung der Landesentwicklungspolitik“, „Entwicklungszusammenarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement“, „Globales Lernen“, „Faires und nachhaltiges Wirtschaften“, „Lokale Agenda 21“ und „Verantwortung für das Erbe der Kolonialzeit befragt“. Der Fragebogen wie auch unser Forderungspapier sind unter [www.berlin-entwickeln.de](http://www.berlin-entwickeln.de) im Downloadbereich abrufbar.

### Zahlen

Von insgesamt 659 angeschriebenen Kandidat/innen der Parteien CDU, FDP, SPD, Linkspartei.PDS, WASG und Bündnis 90/Die Grünen haben 56 geantwortet. Die meisten Antworten im Verhältnis zu den angeschriebenen Kandidat/innen haben wir mit gut 25% von den Grünen erhalten, die Schlusslichter bilden mit je rund 4% CDU, FDP und Linkspartei.PDS.



Von allen Parteien liegt uns eine „offizielle“ Antwort vor, die von einem Experten der jeweiligen Partei stellvertretend ausgearbeitet wurde. Viele Kandidat/innen haben diese Standardantwort eingesandt, einige haben sich jedoch auch die Mühe gemacht, unsere Fragen individuell zu beantworten.



## **Auswertung**

Für die folgende inhaltliche Auswertung werden die „offiziellen“ Antworten der Parteien herangezogen. (Die Antworten der WASG werden nicht berücksichtigt, da die Partei nicht in das Abgeordnetenhaus eingezogen ist.)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass alle Parteien auf die Themenbereiche grundsätzlich positiv reagieren und die Kompetenz der Berliner entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) auf diesem Gebiet anerkennen und nutzen wollen. Wenn es allerdings um die Finanzierung der Arbeit der NRO geht, halten sich die meisten Parteien unter Verweis auf die angespannte Haushaltslage mit Festlegungen sehr zurück. Oft werden zwar allgemein positive Aussagen getroffen, doch was die konkrete Ausgestaltung und besonders die Finanzierung von beispielsweise der Kooperation von Schulen und NRO angeht, bleiben die Antworten vage.

## **Steuerung der Landesentwicklungspolitik**

Wir haben die Kandidat/innen gefragt, ob sie sich dafür einsetzen werden, dass das Thema Entwicklungspolitik mindestens einmal jährlich im Hauptausschuss und im Plenum behandelt wird. Wir erhoffen uns davon eine größere Aufmerksamkeit für dieses Themenfeld. Die Reaktion war in diesem Bereich eher zurückhaltend und vage. So verweisen FDP und CDU darauf, dass Sitzungen den aktuellen Erfordernissen zu folgen hätten und eine erzwungene regelmäßige Behandlung unangemessen sei. Die SPD zieht sich auf die Aussage zurück, Entwicklungspolitik sei eine Querschnittsaufgabe, die alle Ressorts durchziehe; in der vergangenen Legislaturperiode habe man vor allem Priorität auf die Sicherung der Mittel für entwicklungspolitische Projekte gesetzt. Auch die Grünen weisen auf den Querschnittscharakter der Entwicklungspolitik hin, legen sich aber gleichzeitig darauf fest, in Zukunft entwicklungspolitische Fragen zu thematisieren und schlagen einen regelmäßigen Bericht zur Entwicklungszusammenarbeit vor, um deren Bedeutung zu stärken und die Debatte zu erzwingen. Die PDS schlägt vor, das Thema im Zusammenhang mit größeren Ereignissen wie beispielsweise dem Weltsozialforum oder dem G8-Gipfel zu verankern.

Einer „Entwicklungsverträglichkeitsprüfung“ (EVP), die die Transparenz von entwicklungspolitischen Wirkungen politischen Handelns in Berlin gewährleisten soll, stehen alle Parteien bis auf die FDP, die eine freiwillige Selbstverpflichtung für sinnvoller hält, grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings machen die meisten Parteien hier verschiedene Einschränkungen. So verweist die CDU darauf, dass der Umfang einer EVP begrenzt sein müsse und daher allenfalls im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen die Möglichkeit bestünde, entwicklungspolitische Gesichtspunkte zu berücksichtigen, während die SPD die Befürchtung äußert, dass mehr Bürokratie nötig würde, die die Qualität und Effizienz beeinträchtigen könnte. Die Grünen halten eine EVP grundsätzlich für hilfreich, machen aber die Einschränkung, dass diese ohne umfangreiches parlamentarisches Engagement kaum Effekte haben würde.

## **Entwicklungszusammenarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement**

In Bezug auf die Einrichtung einer „Berliner Landesstiftung Entwicklungszusammenarbeit“ äußern sich die meisten Parteien grundsätzlich positiv, lediglich die FDP lehnt dies unter Verweis auf ihr Ziel des Bürokratie- und Verwaltungsabbaus grundsätzlich ab, während die CDU sich aus Kostengründen gegen eine Stiftung ausspricht. Die Grünen verweisen darauf, bereits in den letzten drei Legislaturperioden entsprechende Anträge im Abgeordnetenhaus eingebracht zu haben und dies auch in der kommenden Legislaturperiode wieder tun zu wollen. SPD und PDS befürworten eine Stiftung, sehen allerdings ein Finanzierungsproblem.

Für eine Erhöhung der Landesmittel für Entwicklungspolitik sprechen sich explizit lediglich die Grünen aus. Während CDU und FDP eine Steigerung der Mittel in den kommenden Jahren ausdrücklich ausschließen, äußern SPD und PDS sich hierzu nicht genauer, sondern schließen lediglich eine schrittweise Erhöhung auf 0,7% des Bruttolandeseinkommens aus.

## **Globales Lernen**

Dem Globalen Lernen wird von allen Parteien große Wichtigkeit zugesprochen. Gleichzeitig erkennen sie die Kompetenz der entwicklungspolitischen NRO in diesem Bereich an und sprechen sich für ihre Einbindung in die schulische Bildung aus. So äußert beispielsweise die CDU, die NRO seien „Fachleute auf dem Gebiet des Globalen Lernens“, und auch die FDP hebt den Sachverstand der NRO in diesem Zusammenhang hervor. Beide Parteien wünschen sich, ebenso wie Grüne und PDS, eine Kooperation von Schulen und NRO. Die FDP setzt sich für eine Finanzierung der Kooperation über ein Budget, das die Schulen erhalten sollen, ein. In eine ähnliche Richtung geht der Vorschlag der Grünen, jeder Schule einen Etat für außerunterrichtliche Aktivitäten zur Verfügung zu stellen, über den auch die schulische Arbeit der NRO im Bereich des Globalen Lernens finanziert werden sollte. Die PDS spricht sich dafür aus, eine stärkere Einbindung der NRO im schulischen Bereich über eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Bildungssenat und dem BER zu gewährleisten. Außer den Grünen, die für ihren Vorschlag 9 Millionen Euro veranschlagen, äußert sich keine Partei zu der Finanzierung der gewünschten Bildungsarbeit der NRO.

## **Faires und nachhaltiges Wirtschaften**

In Bezug auf faires und nachhaltiges Wirtschaften wurden zwei Bereiche behandelt: Zum einen haben wir die Kandidat/innen gefragt, ob sie sich für eine Verknüpfung der Mittelvergabe der Berliner Außenwirtschaftsförderung mit der Einhaltung international vereinbarter Standards und freiwilliger Verhaltenskodizes einsetzen werden. Hier sind die Reaktionen aller Parteien zurückhaltend. Die CDU hält es für wirtschaftlich kontraproduktiv, von Unternehmen die Einhaltung internationaler Standards zu fordern. Auch die FDP weist eine „systematische Konditionierung“ der Mittelvergabe zurück und spricht sich für freiwillige Verhaltenskodizes aus. Grüne und PDS sprechen sich für eine Anerkennung internationaler Konventionen als Voraussetzung für die Vergabe von Fördermitteln, während die SPD keinerlei verbindliche Aussage hierzu macht, sondern lediglich auf die fehlenden Möglichkeiten der Berliner Landespolitik und die Notwendigkeit einer EU-weiten Lösung verweist.

Zum anderen haben wir die Kandidat/innen gefragt, ob Sie sich für die Umstellung der Beschaffungspolitik des Landes Berlin auf nachhaltige und fair gehandelte Produkte einsetzen werden. In diesem Zusammenhang betonen die meisten Parteien rechtliche Probleme bei der Durchsetzung von spezifischen Vergabebedingungen. So meint die CDU, dies ließe sich wahrscheinlich nicht mit den Vorgaben der Landeshaushaltsordnung hinsichtlich einer wirtschaftlichen und preisgünstigen Beschaffung vereinbaren, während die Grünen, die sich grundsätzlich für eine Einhaltung von entsprechenden Standards bei der Vergabep Praxis aussprechen, und die SPD auf das EU-Recht der Wettbewerbsneutralität verweisen, welches besagt, dass nur die Qualität, nicht aber der Erstellungs- und Entsorgungsprozess ausgeschrieben werden darf. Die FDP lehnt die Einführung zusätzlicher Vergabebedingungen grundsätzlich als kontraproduktiv ab. Lediglich die PDS spricht sich klar und ohne Einschränkungen für die Umstellung der Berliner Beschaffungspolitik auf nachhaltige und fair gehandelte Produkte aus und schlägt vor, hierfür ein Forum mit allen relevanten Interessenvertreter/innen zur Verständigung über die zu vereinbarenden Kriterien einzurichten.

## Lokale Agenda 21

Den Senatsbeschluss zur Lokalen Agenda 21 vom Juni 2006 kritisieren Grüne und CDU Kritik als zivilgesellschaftsfern. Er habe nur noch wenig mit dem ursprünglich in einem langen Entstehungsprozess zwischen vielen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, der Verwaltung und Institutionen ausgehandelten Entwurf zu tun. Auch die PDS hält – etwas positiver formuliert – fest, dass die Lokale Agenda nur als Kompromiss beschlossen werden konnte und eine Weiterentwicklung beraten werden müsse, während die SPD den Beschluss durchaus als Erfolg und die Ziele der Lokalen Agenda 21 als Querschnittsziele versteht, die sie im Rahmen ihrer politischen Aktivitäten grundsätzlich als grundlegende Handlungsempfehlungen betrachten wolle. Die FDP spricht sich prinzipiell gegen den Beschluss aus, da dieser lediglich mehr Bürokratie und Verwaltungsaufwand erzeuge und die Umweltsituation Berlins sich ohnehin kontinuierlich verbessere.

## Verantwortung für das Erbe der Kolonialzeit

Im Themenbereich „Verantwortung für das Erbe der Kolonialzeit“ ging es uns darum, welche Maßnahmen im Rahmen der Stadtentwicklung nach Ansicht der Kandidat/innen ergriffen werden sollten, um Berlins Verbindungen zur Kolonialzeit transparent zu machen und welche Aktivitäten sie vorschlagen, um die Städtepartnerschaft zur namibischen Hauptstadt Windhuk mit Leben zu füllen. CDU und FDP äußern, bisher keine Kenntnis von stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen mit kolonialgeschichtlichem Bezug zu haben. Das Thema habe, so die FDP, einen eher historischen und damit kulturpolitischen Hintergrund und müsse auch in diesem Kontext behandelt werden, wofür sich Städtepartnerschaften anböten. Für die Städtepartnerschaft mit Windhuk schlägt die FDP eine Aufarbeitung zu den historischen Orten der Kolonialpolitik in beiden Städten in Form einer gemeinsamen Ausstellung und Veröffentlichungen sowie der Errichtung einer Infostele am Standort des früheren Reichskolonialamtes vor. Die SPD äußert sich lediglich allgemein dahingehend, dass sie sich schon immer zur Verantwortung für das Erbe der Kolonialzeit bekannt habe und erklärt unter Hinweis auf die Rede von Bundesentwicklungsministerin Wieczorek-Zeul in Namibia 2004, sie werde weiterhin Bemühungen zur Aussöhnung unterstützen. Dies sei jedoch in erster Linie Aufgabe der Bundespolitik. Auch die CDU verweist auf die beim Bund liegenden Kompetenzen – in Bezug auf die Behandlung von Kulturgütern, die sich häufig nach internationalen Vereinbarungen oder Verträgen richte, die die Bundesregierung schließe. Hinsichtlich der Städtepartnerschaft mit Windhuk äußert die CDU die Hoffnung, dass das Abgeordnetenhaus zukünftig stärker in die Pflege von Städtepartnerschaften eingebunden werde und sich dann auch inhaltlich beteiligen könne, was bisher nicht der Fall gewesen sei. Die PDS hält es für wichtig, umgehend den Kontakt zu dem neuen namibischen Botschafter herzustellen, um mit ihm die Ausgestaltung der Städtepartnerschaft zu klären. Bezüglich der Stadtentwicklung schlägt die PDS vor, mit den Bezirken, in deren Zuständigkeitsbereich solche Maßnahmen lägen, zu diskutieren, ob eine einheitliche Serie von Informationstafeln an bestimmten Straßen, Gebäuden und Orten zu Berlins kolonialem Erbe aufgestellt werden könne/solle und ob an manchen Orten eine Umbenennung sinnvoller ist. Die Grünen weisen darauf hin, dass sie sich an dem Arbeitskreis zur Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte beteiligen und daraus resultierende Aktivitäten wie Stadtpaziergänge oder die Aufstellung eines Gedenksteins am Friedhof Columbiadamm unterstützen. Zur Stärkung der Städtepartnerschaft mit Windhuk schlagen die Grünen einen gemeinsamen Internetauftritt von Schulen in Berlin und Windhuk zur Kolonialgeschichte vor, woraus dann weitere Projekte, wie zum Beispiel die Umbenennung von Straßen in Berlin und Windhuk, entwickelt werden könnten.